Gießener Anzeiger vom 20.04.2009

Wider die Verwahrlosung älterer Menschen

SPD-Bewerberinnen Dietlind Grabe-Bolz und Anita Schneider im Gespräch mit der Beko – Sorge um Zukunft

GIESSEN (rst). „Wir werden uns mit allen Kräften und allen Möglichkeiten dafür einsetzen, dass die Beko erhalten bleibt. Stadt und Kreis müssen schnellstens mit dem Verband der Pflegekassen ins Gespräch kommen, um auszuloten, wie die BeKo in das geplante System der Pflegestützpunkte integriert werden kann", versprachen Dietlind Grabe-Bolz und Anita Schneider, die SPD-Kandidatinnen für das Amt des Oberbürgermeisters und des Landrats bei der Direktwahl am 7. Juni.

Holger Claes, Leiter des Diakonischen Werkes, begrüßte die beiden SPD-Vertreterinnen, den Landtagsabgeordneten Gerhard Merz und die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, Inge Bietz, und freute sich über das Interesse an der Arbeit der Beratungs- und Koordinierungsstelle für ältere und pflegebedürftige Menschen in Stadt und Landkreis Gießen (Beko). Als Gesprächspartnerinnen standen die Leiterin der Beko, Kramer, und zwei Mitarbeiterinnen, Christ und Röhrsheim, zur Verfügung. Aktueller Anlass der Zusammenkunft war die Frage nach der Zukunft der Einrichtung, die seit zehn Jahren in Stadt und Kreis Gießen vorbildliche Arbeit leiste. Das sicher hessenweit einmalige Modell wird durch den Kreis, die Stadt und durch die freien Träger Awo, Caritas, Diakonie und den Paritätischen Wohlfahrtsverband finanziert.

Unsicherheit und Ungewissheit herrsche aber zurzeit über die Zukunft der Beratungsstelle im Zusammenhang mit der geplanten Einrichtung von Pflegestützpunkten, die ab dem 1. Juni in Hessen flächendeckend durch die Pflegekassen eingerichtet werden sollen. Wie das hier in Gießen aussehen werde, wisse im Moment noch niemand. Wie Holger Claes berichtete, bestehe allerdings der politische Wille der Verantwortlichen in Stadt und Kreis, die Einrichtung zu erhalten und eine diesbezügliche Vereinbarung mit den Pflegekassen zu treffen.

„Nur rund 25 Prozent der Aufgaben, die die Pflegestützpunkte übernehmen sollen, deckt sich mit unserem Tätigkeitsbereich. Und hinzu kommt, dass unsere Rolle eine andere ist, als die der Pflegestützpunkte, die neben ihrer Beratungstätigkeit auch eine kontrollierende, auf Kosten bedachte Funktion haben wird", gab Kramer zu bedenken. „Die Menschen wollen so lange wie möglich in einem eigenen Wohnbereich bleiben, aber auch die Möglichkeit haben, sich jederzeit Hilfe zu holen bis hin zur Pflegebetreuung", schilderte Kollegin Christ die Situation. Erschreckend sei auch die zunehmende Gefahr der Verwahrlosung älterer Menschen, die irgendwo alleine leben. Besonders schwierig sei die Situation dann, wenn noch keine Pflegestufe besteht, aber die täglichen Arbeiten in der Wohnung nicht mehr alleine bewältigt werden können.

Die Delegation der Sozialdemokraten beim Besuch der Beko. Bild: Docter